

An den Gesamtbundesrat  
Schweizerische Bundeskanzlei  
Bundeshaus West  
3003 Bern

23. März 2023

### **Städtischer Appell für die Umsetzung von Massnahmen gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
sehr geehrte Frau Bunderätin,  
sehr geehrter Herr Bundesrat

Seit die 22-jährige Jina Mahsa Amini am 16. September 2022 von der iranischen Sitten- und Religionspolizei wegen des Vorwurfs, ihr Kopftuch nicht den Vorschriften entsprechend getragen zu haben, festgenommen, geschlagen und dabei wahrscheinlich tödlich verletzt wurde, gehen im Iran zehntausende Menschen gegen das Mullah-Regime auf die Strasse. Die Protestierenden fordern das Ende der islamischen Republik.

Die Brutalität, mit der die Regierung auf die Proteste der Zivilbevölkerung reagiert, ist beunruhigend und macht uns tief betroffen. An Demonstrationen in der ganzen Schweiz gegen das iranische Regime wird verlangt, dass die Schweiz sich aktiv gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran einsetzt. Wir – Präsidentinnen und Präsidenten der grössten Schweizer Städte – teilen die Besorgnis unserer Bürgerinnen und Bürger.

Der Bundesrat hat diejenigen EU-Sanktionen gegen den Iran übernommen, welche aufgrund der Drohnenlieferungen an Russland verhängt wurden. Zudem thematisiert die Schweiz die Menschenrechtssituation im Iran auch bei hochrangigen Treffen und Interventionen auf multilateraler Ebene, wie der UNO-Generalversammlung oder dem Menschenrechtsrat. Für diesen Einsatz sind wir sehr dankbar. Dennoch sind wir der Meinung, dass die bisherigen Bestrebungen nicht ausreichen. Weitere internationale Sanktionen, Demonstrationen, politische Vorstösse auf lokaler Ebene sowie auch Bestrebungen im nationalen Parlament bringen dies ebenfalls zum Ausdruck.

Die Erklärung des Nationalrates «Für Menschenrechte und Demokratie im Iran», welche am 16. Januar 2023 eingereicht wurde, zeigt die grosse Bedeutung der systematischen Verletzung der Menschenrechte und widerspiegelt die Gefühle und Auffassungen der breiten Bevölkerung.

Die Sanktionen, welche die EU aufgrund der unhaltbaren Menschenrechtssituation im Iran verhängt hat, wurden von der Schweiz bisher nicht übernommen. Dies ist für die Öffentlichkeit nicht oder nur schwer verständlich. Im Sinne einer konsequenten Schweizer Haltung für Frieden, Demokratie und Menschenrechte darf die Schweiz nicht länger abseitsstehen. Wir fordern darum den Bundesrat auf, den Beschluss vom 2. November 2022, die im Zusammenhang mit den aktuellen Protesten erlassenen EU-Sanktionen gegenüber dem Iran nicht zu übernehmen, nochmals zu überdenken. Der Bundesrat soll sich zudem im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des internationalen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einsetzen, um die systematische Straflosigkeit im Iran anzugehen und Massnahmen ergreifen, um die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für die Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen.

Wir sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unser Anliegen im Interesse der Menschlichkeit und des iranischen Volkes wie auch unter Wahrung der schweizerischen Reputation und Interessen prüfen.

Freundliche Grüsse

Beat Jans, Regierungspräsident von Basel-Stadt

Beat Züsli, Stadtpräsident von Luzern

Alec von Graffenried, Stadtpräsident von Bern

Maria Pappa, Stadtpräsidentin von St.Gallen

Erich Fehr, Stadtpräsident von Biel/Bienne

Michael Künzle, Stadtpräsident von Winterthur

Marie Barbey-Chappuis, Maire de Genève

Corine Mauch, Stadtpräsidentin von Zürich

Grégoire Junod, Stadtpräsident von Lausanne

**Kopie an:** Herr Bundeskanzler Walter Thurnherr